

Auf dem Weg ins Terrorcamp abgefangen

Die Tötung von Osama Bin Laden hat die Terrorgefahr nicht gemindert. Die Radikalisierung junger Muslime macht dem Staatsschutz weiter Sorgen. Erstmals wurden Verdächtige auf dem Weg in ein Terrorcamp gestoppt.

Michael Simoner

Wien/Berlin – Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten ist der neue Strafrechtsparagraf 278e, der die Teilnahme an Terrorcamps unter Strafe stellt, am Mittwochabend das erste Mal in Österreich zur Anwendung gekommen: Zwei junge Männer und eine gerade erst volljährig gewordene Frau mit Tickets Richtung Indien und weiter nach Pakistan wurden am Flughafen Wien-Schwechat vom Staatsschutz an der Ausreise gehindert.

Eine vierte Person, die das Trio für die militante Ausbildung im Ausland rekrutiert haben soll, wurde in der Bundeshauptstadt verhaftet. Dieser mutmaßliche Drahtzieher ist ein 25-jähriger Österreicher mit afghanischen Wurzeln, der erst vor einigen Jahren zum Islam konvertiert sein soll und schon länger auf der Beobachtungsliste des Verfassungsschutzes stand.

Der Hauptverdächtige soll vor allem im Umfeld eines muslimischen Gebetsraumes in einem Wiener Außenbezirk radikale Ansichten über den Jihad verbreitet und für Al-Kaida in Pakistan gewonnen haben. Außerdem wirft ihm die Staatsanwaltschaft finanzielle Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vor. Konkret soll er mehr als 1000 Euro per Western Union an die Deutsche Taliban Mujahedin (DTM) überwiesen haben.

Die DTM ist überhaupt der Dreh- und Angelpunkt jüngster Antiterrorermittlungen in Europa. Nach Erkenntnissen der Behörden ist die DTM eine eher strukturlose Gruppierung, die aber bei Bedarf auf eine gute Vernetzung ihrer Sympathisanten zurückgreifen kann. Erst Mitte Mai war ein mutmaßliches DTM-Mitglied aus Österreich in Deutschland verhaftet worden, Ende Mai ein deutscher Verdächtiger in Österreich. Eine weitere Festnahme gab es in Albanien. Der deutsche Generalbundesanwalt ermittelt wegen bisher acht Videobotschaften, die die deutschen Taliban im Internet veröffentlicht haben. Darin wird zu Geldspenden und zum „heiligen Krieg gegen Ungläubige“ aufgerufen.

Erhöhte Terrorgefahr

Die DTM wollen in Afghanistan eine islamisch-fundamentalistische Gesellschaftsordnung errichten. Sie sollen für Anschläge auf afghanische und pakistanische Regierungstruppen und auch auf die internationale Afghanistan-Truppe der Nato (Isaf), zu der auch deutsche Soldaten gehören, verantwortlich sein.

Peter Gridling, der Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), spricht von einer „weiter erhöhten Terrorgefahr in ganz Europa“. Die Tötung von Osama Bin Laden habe die Situa-



Diesen Videoshot von einem Terrorcamp im pakistanischen Grenzland zu Afghanistan haben indische Behörden veröffentlicht. Auch junge militante Österreicher haben sich schon ausbilden lassen. Foto: AP

tion sicher nicht entspannt, dazu komme heuer der Jahrestag von 9/11. Allein diese Faktoren könnten eine radikalislamistische Terrorgruppierung beeinflussen.

Appell an Imame

Auch in Österreich beobachtet man die Tendenz zur Radikalisierung junger Muslime weiter mit Sorge, erklärte Gridling. Auf Nachfrage des STANDARD sagte der Staatsschutzchef, dass man eine zweistellige Anzahl von Verdäch-

tigen ständig im Visier habe. Gridling fordert vor allem von offiziellen Islamvertretern, energisch gegen radikale Prediger aufzutreten. „Die muslimische Gemeinschaft darf sich nicht von einzelnen Jihadisten in Misskredit bringen lassen.“ Hier sieht Gridling auch Imame in Moscheen gefordert.

Bei den drei am Flughafen dingfest gemachten Personen handelt es sich um einen weiteren österreichischen Konvertiten im Alter

von 25 Jahren sowie um eine 19-jährige Tschetschenin und einen gleichaltrigen Landsmann. Das Trio wurde am Donnerstag noch einvernommen. Im Fall einer Anklage und eines Schuldspruches drohen ihm allein für das Vorhaben, im Ausland eine Terrorausbildung zu absolvieren, bis zu fünf Jahre Haft. Doppelt so lange können Terrorausbilder in Österreich eingesperrt werden – auch wenn sie im Ausland Töten und Bombenbauen gelehrt haben.

Vorarlberger Psychiatrie braucht Erneuerung

Landesrechnungshof fordert Masterplan für Jugendpsychiatrie und Kliniksaniierung

Bregenz – Zimmer ohne WC und eine Dusche für 16 Patienten, das ist nur ein Mangel, den der Landesrechnungshof Vorarlberg in seinem Prüfbericht über die psychiatrische Versorgung anführt. Nur ein Teil des Landeskrankenhauses Valduna wurde saniert, die Psychiatrie entspreche noch dem baulichen Standard der 1970er-Jahre. Es fehle an sanitären Ein-

richtungen, an Privatsphäre und an geschützten Außenanlagen für die rund 100 Patienten. Die Prüfer schlagen rasche bauliche Maßnahmen vor.

Verbessert müssten aber auch die Strukturen werden. Das Psychiatriekonzept entspreche nicht dem veränderten Bedarf. Herbert Schmalhardt, Direktor des Landesrechnungshofes, sieht die Lö-

sung im Ausbau der ambulanten Versorgung, etwa durch eine Ambulanz für Patienten im nördlichen Landesteil am LKH Bregenz. Neu organisieren müsse man die Kooperation mit niedergelassenen Ärzten.

Bestätigt wurde vom Rechnungshof die Kritik der Opposition an fehlender Infrastruktur für die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Prüfer fordern eine „umfassende Neuausrichtung“. Neben Räumlichkeiten und Personal fehle auch ein langfristiges Konzept für Betreuung und Management. Psychisch kranken Jugendlichen und Kindern stehen nur 20 Betten, verstreut auf mehrere Einrichtungen, zur Verfügung. Es gebe keine durchgängige altersgerechte Versorgung, was sich vor allem in Akutsituationen zeige.

Nachtdienste anpassen

Wegen Platzmangels bringe man Jugendliche im Erwachsenenbereich unter. Nacht- und Bereitschaftsdienste sollten durch neue Kooperationsmodelle dem Bedarf angepasst werden. Die Prüfer empfehlen die Einrichtung einer einzigen Station. Standort könnte das LKH Feldkirch sein.

Vorarlberger Psychiatriepatienten bleiben im Österreichvergleich mit 18,7 Tagen vier Tage länger in der Klinik. Dennoch kosten sie weniger, was Schmalhardt auf die geringere Personaldichte zurückführt. Mit 0,15 Vollzeitäquivalenten auf ein Bett haben die Vorarlberger die wenigsten Ärzte (gleichauf mit Kärnten). Gemessen am Gesamtpersonalstand stehen Vorarlberg und die Steiermark am schlechtesten da. Die psychiatrische Versorgung kostet jährlich rund 35 Mio. Euro. (jub)

Sparen lernen statt verschulden

Schuldnerberatung startet Pilotprojekt zu Prävention

Salzburg – Einkommensverschlechterung oder Arbeitslosigkeit ist der häufigste Grund, warum Menschen in Schulden geraten. Um der Überschuldung vorzubeugen, startet die Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatung im Herbst 2011 das Pilotprojekt Budgetberatung.

Das Angebot richtet sich an Menschen mit niedrigem Einkommen, die nicht verschuldet sind. Ziel sei es, Menschen bei der Planung ausgeglichener Haushaltsbudgets zu helfen. Sparpotenziale aufzuzeigen und ihren Umgang mit Geld zu verbessern, sagt Maria Kemmettmüller, Geschäftsführerin der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatung anlässlich der vierten Schuldenberatungstagung in Salzburg. „Viele Menschen haben nie gelernt, mit Geld umzugehen“, ergänzt Peter Niederreiter, Geschäftsführer der Schuldenberatung Salzburg, die heuer ihr 20-jähriges Bestehen feiert. Auch in Schulen müsse mehr Präventionsarbeit geleistet werden, fordert Niederreiter. Derzeit fehle eine Budgetberatung zur Schuldenprävention. Das Pilotprojekt wird

vom Sozialministerium finanziert und startet vorerst in Vorarlberg.

Um das Leben zu schaukeln, brauche es auch ein Einkommen, das ein Auskommen ermögliche, erklärt Maria Kemmettmüller. „Die Mindestsicherung ist für ein menschenwürdiges Leben zu niedrig.“ Die Erstellung sogenannter Referenzbudgets habe ergeben, dass ein alleinlebender Mensch mindestens 1200 Euro brauche, um die grundlegenden Lebenserhaltungskosten abzudecken und sich angemessen am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können, erläutert Kemmettmüller.

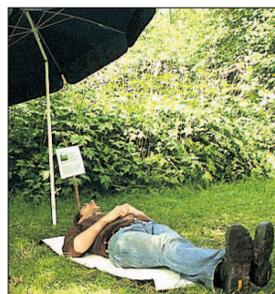
52.450 Personen unterstützt

2010 unterstützte die Schuldenberatung 52.450 Personen österreichweit, 3600 davon in Salzburg. Signifikant sei, dass gerade Menschen mit niedriger Bildung und, damit verbunden, auch einem geringen Einkommen Schulden machen. 85 Prozent der beratenen Personen haben nur einen Lehrabschluss. 48 Prozent verdienen nicht mehr als 1000 Euro; ein Fünftel kommt nicht über das Existenzminimum von 794 Euro hinaus. (rupe)

STADTTEIL

Stimmen hören und denken

Innsbruck – Im Gras liegen und über die Welt sinnieren. Das macht bis 26. Juni im Rapoldpark ein Kunstprojekt der tki open (Tiroler Kulturinitiativen) möglich. Eine Themenvorgabe gibt es: Was wäre, wenn Einkommen und Existenz entkoppelt würden? Beim Dösen kommen Stimmen aus dem Boden. Die Technik ist nicht sichtbar, die Boxen sind im Boden ver-



Liegend über Geld und Leben sinnieren. Foto: Schörkhuber

graben, die Zuspelung erfolgt extern. Neben den Stimmen gibt es abstrakte Musik: Ein „Erdklang“ ist physisch spürbar. Die akustische Installation von Christine Schörkhuber und Christof Freidhöfer macht nachdenklich: Soll, wer nicht arbeitet, auch nicht essen?

„Dem Impuls, sich einfach so, mitten im öffentlichen Raum, im Gras auszustrecken und sich die Sonne auf den Bauch scheinen zu lassen, wird viel zu selten nachgegeben“, findet Schörkhuber: „Viel zu verwurzelt ist die Angst, als faul und unnützlich zu gelten. Oder die Befürchtung, etwas Wichtiges zu versäumen.“

Schörkhuber wünscht sich ein Innehalten, einen inneren Dialog mit den Stimmen. Gefragt wurden Menschen, ob ihr Leben mit 1000 Euro Grund-einkommen anders verlaufen wäre: „Kritisiert werden nicht Tätigkeiten, sondern Arbeitsbedingungen.“ (ver)

Julius Schumann (Schüler) unterstützt das

VOLKSBEGEHREN
BILDUNGSINITIATIVE

NICHT SITZENBLEIBEN
JETZT
UNTERSCHREIBEN

AM HAUPTWOHNSTZ-GEMEINDEAMT ODER AM MAGISTRATISCHEN BEZIRKSAMT

www.nichtsitzenbleiben.at

Bezahlte Anzeige